Nummer 203

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Sonnabend, 2. Mai 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: L. Köppen. Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Mongiewski Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Rmk., Stellungsuchende 0,40 Rmk., Reklamezeile 4,50 Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Peso, Serbien 925 Dinar; für den Monat Mai 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Das Programm für Hindenburgs Amtseinführung.

Zu dem Amtsantritt Hindenburgs erfährt die Telegraphen-Union folgendes: Reichskanzler Dr. Luther und Reichsinnenminister Dr. Schiele, sowie das Reichspräsidium haben dem Reichspräsidenten von Hindenburg telegraphisch als Tag der Einführung in sein hohes Amt den 12. Mai vorgeschlagen. Hindenburg hat sich heute nachmittag mit diesem Termin einverstanden erklärt.

Am Dienstag, den 12. Mai, findet also, wie wir bereits meldeten, zunächst der feierliche Akt der Vereidigung statt, sowie der Empfang des neuen Reichspräsidenten im Reichspräsidialgebäude durch den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons, worauf die Mitglieder der Reichsregierung empfangen werden. Am 18. Mai reihen sich die Empfänge aus dem Reiche und Berlin an. Am 14. Mai findet die Vorstellung der Staatssekretäre der Reichsregierung statt. Für den Empfang des diplomatischen Korps ist noch kein bestimmter Tag festgelegt.

Der Feldmarschall wird am 11. Mai in Begleitung des Oberstleutnants von Feldmann nach Berlin reisen. Am 7. Mai wird die Bürgerschaft Hannovers auf Anregung der Vaterländischen Verbände dem Feldmarschall eine große Ehrung in Gestalt eines Fackelzuges darbringen; wahrscheinlich wird auch das Reichsbanner sich an dieser Kundgebung beteiligen.

Einberufung des Wahlprüfungsgerichts.

Das Wahlprüfungsgericht, das die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl nachzuprüfen hat, ist jetzt für den 8. Mai einberufen worden.

Hindenburgs Antwortschreiben an Dr. Marx.

TU Hannover, 1. Mai.

Reichspräsident von Hindenburg richtete an den Reichskanzler a. D. Marx folgendes Schreiben:

„Hannover, 1. Mai.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Für Ihre freundliches Schreiben, das Sie am 28. April an mich zu richten die Güte hatten, spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Ich ersehe aus ihm zu meiner Freude, daß Sie auf dem gleichen Standpunkt stehen, den auch ich selbstverständlich im Falle Ihres Sieges bei der Wahl eingenommen haben würde. Ihre Wünsche für unser schwer darniederliegendes Vaterland sind die meinigen. Mögen sie sich erfüllen durch selbstlose, einigende Arbeit aller, denen Deutschland höher steht als die Partei.

Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich Ihr ergebener von Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Frankreichs Antwort auf die deutschen Vorschläge.

London, 1. Mai.

Wie Reuter erfährt, wird erwartet, daß Frankreich in einigen Tagen die Ansicht der französischen Regierung über den von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspakt nach Berlin übermitteln wird, und zwar wird es sich nur um eine Meinungsäußerung Frankreichs handeln und nicht um eine Note. Der Inhalt wird vorher den Alliierten mitgeteilt werden. Besprechungen zwischen den verschiedenen Regierungen zwecks Klärung gewisser Punkte haben bereits stattgefunden.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 1. Mai.

Nachdem Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Vorsitzende der deutschen Wirtschaftsdelegation mit dem Vorsitzenden der französischen Wirtschaftsdelegation, Handelsminister Chaumet, die Richtlinien für die durch die eingesetzten Unterkommissionen vorzunehmenden Tarifverhandlungen, die unter Zuziehung von Sachverständigen geführt werden, festgelegt hat, ist er heute abend nach Berlin zurückgereist. Staatssekretär Dr. Trendelenburg wird nach Paris zurückkehren, sobald die eingesehen Unterkommissionen ihre Arbeiten soweit gefördert haben, daß die beiden Delegationen ihre Sitzungen wieder aufnehmen können.

Die Eisenbahnkatastrophe im polnischen Korridor.

Weitere Einzelheiten von der Unglücksstelle. — 24 Tote, 33 Verletzte.

TU Schneidemühl, 1. Mai.

Zu der Eisenbahnkatastrophe von Swarochin erfahren wir weiter:

Der Schnellzug D 8 Marienburg—Berlin hatte zwanzig Minuten vor der Katastrophe die Strecke passiert, ohne daß irgendeine Störung gemeldet wurde. Da die Strecke Dirschau—Pr. Stargard eine starke Steigerung aufweist, kann der Zug mit höchstens 60 Kilometer Schnelligkeit gefahren sein. Dem deutschen Zugführer, der den Zug in Konitz übernehmen sollte, verweigerten die polnischen Beamten jede Auskunft. Polnisches Militär hat die Unfallstelle abgesperrt. Das zweite Eisenbahnglück ist unbeschädigt, der Verkehr ist aufrechterhalten.

TU Danzig, 1. Mai.

Wie die „Danziger Neuesten Nachrichten" hören, ist der Danziger Polizeipräsident von den polnischen Behörden telegraphisch ersucht worden, einen Polizeihund und Kriminalbeamte an die Unfallstelle zu entsenden, um an der Aufklärung des Unglücks mitzuwirken. Der Polizeipräsident hat im Einvernehmen mit dem Senat beschlossen, diesem Ersuchen zu entsprechen. In Sachverständigenkreisen stößt die Annahme, daß es sich um ein Attentat handele, auf Zweifel. Die drei geretteten Schlafwagenschaffner Hamm, Oberkeller und Grube aus Berlin führen das Unglück auf einen Anschlag zurück. Es sollen abgelöste Schienenlaschen im nahen Walde aufgefunden worden sein.

Der erste polnische Hilfszug traf zwei Stunden nach der Katastrophe ein.

Der polnische Eisenbahnminister ist im Flugzeug nach Stargard geeilt und nimmt an den gerichtlichen Untersuchungen mit einer Eisenbahnkommission teil, zu der auch Mitglieder der Danziger Direktion gehören.

An der Unfallstelle sperren Truppen aus Stargard das Gelände ab. Aus der Stadt sind viele Menschen herbeigeströmt und umlagern die einen entsetzlichen Anblick bietende Unfallstätte. Man sieht Betten, Kinderspielzeug, Lebensmittel, Koffer, Schrame usw. in qualvollem Durcheinander. Im Zuge befanden sich drei Diakonissinnen, die, unverletzt geblieben, sofort hilfsbereit ans Werk gingen, um den Verletzten zu helfen. Die Strecke Dirschau—Stargard ist gesperrt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Die Namen der Verunglückten.

Zu den schon in der gestrigen Abendausgabe gemeldeten Angaben über die Toten und Verletzten erfahren wir ergänzend folgende Einzelheiten:

Tote

sind festgestellt: 1. Alois Scharfenort, Gut Klemau, 2. Julius Maß, Vertrauensfekretär, Elbing; 3. Arthur Malivid, Postsekretär, Dirschau; 4. Arthur Lewin, Kaufmann, Saalfeld (Ostpr.); 5. Herbert Brettschneider, Elbing; 6. Theodor Krüger, Bibliotheksrat, Königsberg; 7. Paul Helbig, Kaufmann, Magdeburg; 8. Kain Ehrhardt, Student, Marienburg; 9. Herbert Lau, Drogeriebesitzer, Heiligenbeil; 10. Max Wollermann, Gewerkschaftsbeamter, Danzig; 11. ein polnischer Zollbeamter; 12. ein zweijähriges Kind; 13. eine Dame mit Wäschezeichen M. H.; 14. eine Dame mit Wäschezeichen Z. R.; 15. eine Dame mit Ring gezeichnet A. S.; 16. ein kleines Kind; 17.—24. acht unbekannte Frauen.

Die Namen der Schwerverletzten

sind: Dr. Fritz Neumann, Berlin, Uhlandstraße 50 (ist seinen Verletzungen bereits erlegen); Fabrikbesitzer Werner Höffmann, Insterburg, (liegt im Sterben); Max Röhnel, Stettin, Berlin O 112; Bodenmeister Wissfiefeit, Königsberg; Fritz Laabs, Propst, Elbing; Max Leipenach, Stellmpühen; Wilhelm Zerbick, Marienburg, Gymnasiallehrer; Prof. Dr. Max Hensel, im Umzug von Elbing nach Breslau begriffen; Fritz Radtke, Graudenz; Marysa Zegur, Kaufmann, Mizz; Andreas Hause, Zollbeamter, Konitz; Frau Gertrud Kaiser, Königsberg; Postbeamtin Elisabeth Dzialkowski, Königsberg, Eisenbahnbeamtenkind Emma Wogaef, Berlin; Lehrerin Dorothea Mandler, Essen (Ruhr).

Danzig, 1. Mai.

Nach genaueren Feststellungen sind noch folgende Tote recognosziert worden: zwei männliche Personen namens Lissau und Gerlach, Mutti Keilig mit Tochter, Marie Wichmann, Elfriede Rudusch aus Elbing, Frau Dr. Gerlach und Sohn aus Ostende.

Als leichtverletzt wird noch gemeldet: Werner Heinrich, stud. med. aus Gumbinnen.

Ueberführung der Opfer nach Marienburg.

TU Schneidemühl, 1. Mai.

Der polnische Landrat von Stargard gibt amtlich bekannt, daß die Toten des Eisenbahnunglücks nach Marienburg überführt werden. Die Identität sei mit wenigen Ausnahmen festgestellt. Nach Ansicht der Behörden liege ein verbrecherisches Attentat vor.

Weitere Beileidstelegramme.

Berlin, 1. Mai.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten hat an den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft beauftragten Staatssekretär Stieler folgendes Telegramm gesandt: „Mit dem Gefühl tiefen Schmerzes erfahre ich, daß in der vergangenen Nacht der Schnellzug Königsberg—Berlin im polnischen Korridor entgleist und daß zahlreiche Menschenleben diesem beklagenswerten Unfall zum Opfer gefallen sind. Ich bitte Sie, den Angehörigen der Opfer dieses Unglücks und den Verletzten den Ausdruck meines herzlichen Beileids zu übermitteln.

Ein weiteres Telegramm sandte Ministerpräsident Braun.

Eine Friedensrede Churchills.

Gegen die kommunistische und sozialistische Propaganda.

London, 1. Mai.

In einer bei einer Kundgebung der Primroseliga in der Albert Hall gehaltenen Rede kam Churchill auf die Politik Englands zu sprechen. Diese Politik ist, so führte der Redner aus, zunächst eine Politik für den Frieden draußen in der Welt. Der Weltfriedenshängt von der gewissenhaften Zusammenarbeit der beiden größten heutigen Machtgruppen ab. In der neuen Welt, jenseits des Atlantischen Ozeans, hat das Washingtoner Abkommen Groß-Britannien, die Vereinigten Staaten und Japan, die drei führenden Seemächte, durch ein Band der Freundschaft verknüpft, das den Frieden und die Freiheit der Meere reguliert und viele Generationen hindurch aufrecht erhalten werden sollte. In der alten Welt bemüht sich Chamberlain, eine Vereinigung der vier größten Nationen Europas, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien zu gegenseitigem Schutze und gegenseitiger Sicherheit zustande zu bringen. Das ist die Politik, die er beweise, und bei der wir Jahr für Jahr mit unerschütterlicher Treue verharren wollen. Aber gerade wie das Washingtoner Abkommen nicht dadurch erreicht wurde, daß wir das alte und wertvolle Bündnis mit Japan bei Seite warfen, sondern vielmehr dadurch, daß wir unsere Freundschaft mit Japan und unsere Freundschaft für die Vereinigten Staaten in einer größeren und weiteren Gruppierung verschmolzen, so und in derselben Weise wird sich unsere Politik in Europa nicht dadurch entwickeln, daß wir unsere Alliierten, die uns Vertrauen schenkten und mit denen wir in dunklen Kriegstagen zusammenstanden, bei Seite lassen, aber dadurch, daß wir alte Freundschaften um neuer Freundschaften willen vernachlässigen. Unsere Politik wird vielmehr die Form der Konsolidierung des im Kriege errungenen Sieges durch die umfassenderen und sicheren Vereinigungen des Friedens erstehen. Unsere Politik in der Welt ist es, diese beiden Strömungen aufzubauen und zu erhalten, die eine in der neuen Welt und die andere in der alten, auf die der Frieden aller Nationen mit Sicherheit gegründet werden kann.

Churchill erklärte in seiner Rede in der Albert Hall weiter,

man stehe einer ständigen Ausdehnung umstürzlerischer Bestrebungen gegenüber,

einer unaufhörlichen skrupellosen Propaganda. Man stehe einer Bewegung gegenüber, die nicht englischen Ursprungs sei, sondern eng verknüpft sei mit ausländischen revolutionären Organisationen, deren eingestandenes Ziel der Sturz nicht nur der Einrichtungen des Britischen Reiches, sondern der bestehenden Zivilisation in aller Welt sei. Ich weiß wohl, daß der Schatzkanzler fort, daß es in den Reihen der sozialistischen Partei viele gute und ehrenwerte Männer und Frauen gibt, aber wir klagen sie mit gutem Grund an, daß sie als Partei vorsätzlich große Massen des britischen Volkes verdorben hat. Welche Motivenbasis bestand denn, zum Zweck der politischen Agitation oder des Fortschritts große Massen gutwilliger Männer und Frauen zu lehren, die lächerlichen Trugschlüsse von Karl Marx im Munde zu führen oder die schmutzige Rote Fahne dem Union Jack vorzuziehen.

Im Zeichen der „Verständigungspolitik!"

Massenaburteilung deutscher Offiziere und Soldaten durch ein belgisches Kriegsgericht.

Eca Brüssel, 1. Mai.

Ein belgisches Kriegsgericht hat 18 deutsche Offiziere und Soldaten, die für die Strafexpedition gegen Dinant verantwortlich gemacht werden, zum Tode und 7 andere zu 20 Jahren Zwangsarbeit in contumaciam verurteilt.

Frankreichs Anschlag auf den deutschen Oberrhein.

Die von der deutschen Binnenschiffahrt und Wirtschaft, und darüber hinaus von allen nationalen politischen Kreisen mit Spannung erwartete Konferenz der Straßburger Rheinzentralkommission ist dieser Tage zu Ende gegangen. Es handelte sich, wie unsere Leser wissen, um die Entscheidung über das französische Vorhaben, den Rhein bei Basel durch einen Staudamm abzusenken und die bei bei weitem größte Wassermasse des Stromes in ein 100 Meter breites und 8 Meter tiefes Kanalbett zu lenken, das parallel dem Rhein quer durch das französische Elsaß bis Straßburg aufgeworfen werden soll. Wir haben an dieser Stelle, als das französische Projekt in seinen Einzelheiten bekannt wurde, die ungeheure wirtschaftliche Schädigung Deutschlands und den beispiellosen politischen Affront gekennzeichnet, den das französische Projekt Deutschland gegenüber darstellt. Die nun beendete Konferenz der Rheinzentralkommission, an der Deutschland, Frankreich, Holland, die Schweiz und Italien beteiligt sind, war bestimmt, die Entscheidung zu fällen. Die Pariser Meldungen über den Beschluß lassen noch nicht mit völliger Klarheit die Einzelheiten des Ergebnisses erkennen. Havas und die Pariser Zeitungen sprechen von einem Kompromiß zwischen dem französischen und dem schweizerischen, von Deutschland ausgearbeiteten und im großen und ganzen unterstützten Projekt. Hierzu ist zunächst festzustellen, daß von einem Kompromiß keine Rede sein kann, weil ein Kompromiß zwischen zwei Dingen, die wirtschaftlich, technisch und politisch Gegensätzliches erstreben, einfach nicht möglich ist. Das französische Projekt will den Oberrhein trockenlegen, die deutsche Wirtschaft schädigen, die deutsche Schiffahrt auf dem Oberrhein abdrosseln, die badische Landwirtschaft dem Ruin, der durch das Sinken des Grundwassers unausbleiblich ist, entgegenführen und das Deutsche Reich politisch die Faust des „Siegers" fühlen lassen. Frankreich will außerdem die Schweiz zwingen, seine Waren auf dem Wege zum Meere auf der von Frankreich gewollten Schiffahrtsstraße Rheinseitenkanal — Rhein-Marnekanal und auf französischen Wasserstraßen zu befördern zu lassen. Straßburg soll so zum großen Umschlaghafen unter Ausschaltung von Holland, werden. Die Schweiz und Deutschland wollen der Schweizer Wirtschaft den natürlichen Rheinweg zum Meere durch Regulierung des Oberrheins erhalten und verbessern. Diesem Zwecke soll das deutsch-schweizerische Projekt dienen. Es deckt sich im ersten Teil mit dem französischen Projekt: Da der Rhein zwischen Basel und Kembs (östlich Mülhausen) durch die Felssperre am Iseiner Kitzl schwer regulierbar ist, soll der Seitenkanal entsprechend dem ersten Teil des französischen Projektes vom Staudamm bei Basel bis Kembs gebaut werden. Bei Kembs soll er in den Rhein münden, von woaus der Rhein regulierbar ist, während das französische Projekt die Weiterführung des Kanals bis Straßburg vorsieht. Dadurch würde der Rhein in seiner ganzen Länge bis zur Illmündung, also den größten Teil der deutsch-französischen Grenze entlang, seines Wassers in solchem Maße beraubt, daß er durchschnittlich pro Sekunde nur noch 50 Kubikmeter führen würde. Was das bedeutet, kann man ermessen, wenn man dann erinnert wird, daß in dem trockensten Jahre seit vielen Jahrzehnten, dem Sommer 1921, der Oberrhein pro Sekunde 800 Kubikmeter führte. Die Ausführung des deutsch-schweizerischen Projektes dagegen würde den Oberrhein der Schiffahrt und den Ländern, deren Ufer er besplült, erhalten.

Soweit die bis jetzt vorliegenden, entweder sehr kürzigen oder zweifelsfrei tendenziösen Nachrichten etwas erkennen lassen, scheint der Kern des Beschlusses der Straßburger Rheinzentralkommission folgender zu sein: Die Rheinregulierung im Sinne des Schweizer Projekts ist als